

Dierk Hirschel

Die Chancen der Krise

Die Republik befindet sich in einer Wirtschaftskrise historischen Ausmaßes, die zugleich auch eine systemische Krise ist. Gescheitert ist das Regulationsmodell eines finanzmarktgetriebenen Kapitalismus. Was wir nun brauchen ist ein neuer Ordnungsrahmen für die Finanzmärkte.

Die ökonomische und soziale Bilanz des Finanzmarktkapitalismus ist katastrophal. Die Kurzfristorientierung eines aktionärsorientierten Managements bremste Wachstum und Beschäftigung. Dividenden und Aktienrückkaufprogramme gingen zu Lasten der Forschungs- und Innovationsausgaben. Unternehmensgewinne und Investitionen entkoppelten sich. In allen Industrieländern stürzte die Lohnquote ab, während die Einkommen der Manager, Finanzmarktakrobaten und Vermögensbesitzer explodierten. Die neue Ungleichheit wurde, wie das FES-Zukunftsprojekt zu treffend analysiert, zu einer Wachstumsbremse. Die ungleiche Verteilung verschärfte den Nachfragemangel und speiste die Kapitalschwemme auf den internationalen Finanzmärkten.

Auf politisch entfesselten Finanzmärkten stieg die Krisenanfälligkeit der Volkswirtschaften. Das rasante Wachstum der kurzfristigen und spekulativen Kapitalbewegungen auf den Wertpapier-, Devisen- und Derivatemarkten erhöhte die Instabilität. Die weißen Flecken der Regulierung erzeugten Marktversagen. Mehr als 139 Finanzkrisen ereigneten sich nach dem Zusammenbruch des Weltwährungssystem von Bretton Woods (gegenüber 38 Krisen zwischen 1945 und 1971). Das Platzen der jüngsten Kreditblase war der Höhepunkt dieser Entwicklung.

Die Finanzmarktkrise ist aber auch Ergebnis globaler Ungleichgewichte, die sich im Finanzmarktkapitalismus immer weiter zuspitzten. Der US-Konsum auf Pump wurde durch die Leistungsbilanzüberschüsse Chinas, Indiens, Japans und



Dierk Hirschel

(* 1970) ist seit 2003
DGB-Chefökonom.

dierk.hirschel@dgb.de

Deutschlands finanziert. Folglich setzte der deutsche Merkantilismus die Verschuldungsbereitschaft und -möglichkeiten des Auslandes voraus. Wie brüchig diese globale Unordnung war und ist, führt uns die aktuelle Krise vor Augen.

Politische Herausforderungen

Die Krise bringt versteinerte Verhältnisse zum Tanzen. Dies zeigt sich bereits deutlich im Krisenmanagement: Die Politik spielt plötzlich mit keynesianischem Teufelszeug und selbst die Eigentumsfrage ist kein politisches Tabu mehr.

Die Lehren aus der Krise müssen grundlegender Natur sein. Wie das FES-Zukunftsprojekt aufzeigt, geht es zunächst darum, den Kapitalismus wieder stärker sozial und ökologisch zu regulieren. Ein staatlicher Ordnungsrahmen war und ist die Voraussetzung für funktionierende Märkte. Nur so können sich die schöpferischen und produktiven Potenziale des Marktes entfalten. Die soziale und ökologische Blindheit des Marktes wird begrenzt. Deswegen brauchen wir zukünftig eine stärkere und gestaltende Rolle des Staates. Der Wohlfahrtsstaat muss in die Zukunft

investieren, Wachstum und Beschäftigung fördern, zentrale Lebensrisiken absichern und soziale Ungleichheiten abbauen.

Um diese Ziele erreichen zu können, muss der Wohlfahrtsstaat reformiert werden. Es bedarf mehr öffentlicher Investitionen (der FES-Vorschlag einer öffentlichen Investitionsquote von 3 % ist angemessen). Nur ein handlungsfähiger Staat kann das Bildungswesen erfolgreich modernisieren. Eine umfangreiche Frühkindförderung, die Reform eines sozial hoch selektiven mehrgliedrigen Schulsystems, sowie der breite Ausbau der Studienförderung lockern den engen Zusammenhang zwischen Bildungsperformance und sozialer Herkunft (Politikbündel I des FES-Zukunftsprojekts). Der öffentliche Ausbau der sozialen Dienstleistungen steigert das Wachstumspotenzial der Volkswirtschaft.

Eine konjunkturgerechte Finanz- und Geldpolitik (Makropolitik) kann für höheres Wachstum und mehr Beschäftigung (Politikbündel III) sorgen. Diese sollte europäisch koordiniert werden. Ziel sollte aber immer ein qualitatives Wirtschaftswachstum sein. Eine nachhaltige Wachstums- und Beschäftigungsstrategie umfasst Innovationspolitik ebenso wie öffentliche Investitionen in ökologische Modernisierung und Sanierung (ÖPNV, Bahn, Wasserver- und -entsorgung, energetische Gebäudesanierung, etc.). Der ökologische Umbau ist beschäftigungsintensiv und verknüpft somit Ökologie und Arbeit.

Ferner muss der Sozialstaat armutsfest gemacht werden. Dafür sollten die zentralen sozialen Transferleistungen ausgebaut werden (Politikbündel II). In diesem Zusammenhang fehlt im FES-Reformkonzept die Forderung nach einer Universalisierung der Sozialversicherungssysteme. Bürger- und Erwerbstätigenversicherung sind hier die Stichworte. Eine stärkere Sozialverträglichkeit moderner Erwerbsformen erfordert ein ausgewogenes Verhältnis von Flexibilität, sozialer Sicherheit

und Qualifizierung. Die Risiken prekärer Erwerbsverläufe sollten zukünftig durch bedarfsorientierte Grundsicherungsmodelle abgedeckt werden. Aus Erwerbsarbeit angehäufte Anwartschaften werden dann durch Steuermittel aufgestockt. Tätigkeiten im Bereich Kindererziehung, Pflege, etc. müssen zu anspruch- und leistungsbegründeten Tatbeständen der Sozialversicherungen werden.

Niedriglohnsektor komplett austrocknen

Der Wohlfahrtsstaat kann die Verteilungsergebnisse des Marktes sozial- und steuerpolitisch korrigieren. Die Verteilung der Markteinkommen resultiert jedoch aus den Kräfteverhältnissen auf dem Arbeitsmarkt. Letztere sind immer auch politikabhängig. Eine erfolgreiche Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und eine bessere Regulierung des Arbeitsmarktes können die Verhandlungsposition der abhängig Beschäftigten nachhaltig stärken. Zentral ist, wie vom FES-Zukunftsprojekt eingefordert, die Einführung eines Mindestlohnes. Dies allein reicht jedoch nicht aus. Die so genannten Arbeitsmarktreformen haben die Löhne unter Druck gesetzt. Der Niedriglohnsektor sollte in Zukunft komplett ausgetrocknet werden. Deswegen brauchen wir in der Leiharbeit das Prinzip »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit«. Die staatliche Förderung prekärer Beschäftigung (Mini-, Midi-, Ein-Euro-Jobs) muss beendet werden. Die Zumutbarkeitsregelung bei *Hartz IV* gehört abgeschafft. Sozial ist nicht, was Arbeit schafft. In der Arbeitsmarktpolitik müssen zukünftig Qualifizierung und Weiterbildung an die Stelle des fantasielosen Drucks durch Transferkürzungen und verschärfte Zumutbarkeit treten. Ein umfassender Kündigungsschutz und hohe Lohnersatzleistungen sorgen für ein Mindestmaß an Einkommens- und Beschäftigungsstabilität. Hier kann

das FES-Reformkonzept noch verbessert werden.

Finanziert wird dieser Wohlfahrtsstaat über Steuern und Abgaben. Ein höherer Wachstumspfad verbessert die Einnahmesituation des Staates. Darüber hinaus müssen im Rahmen einer Steuerreform hohe Einkommen, Gewinne und Vermögen stärker zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben herangezogen werden (Politikbündel II des FES-Zukunftsprojekts). Das Prinzip der Besteuerung nach Leitungsfähigkeit muss wieder stärker zur Geltung kommen. Konkret bedeutet dies: Die Abspeckung des Mittelstandsbauchs bei gleichzeitiger Verbreiterung der Bemessungsgrundlage und der Erhöhung des Spitzensteuersatzes, höhere Unternehmenssteuern, sowie eine umfassende Vermögensbesteuerung.

Stärkere gesellschaftliche Rolle

Die oben skizzierten Politikempfehlungen können Impulse für mehr Wachstum, Beschäftigung sowie eine sozial gerechtere Verteilung geben. Der Wohlfahrtsstaat wird ausgebaut, die Binnennachfrage wird durch höhere Löhne und mehr öffentliche Investitionen gestärkt. Die krankhafte Exportabhängigkeit wird dadurch gemindert. Dies reicht aber noch nicht aus, um das finanzmarktgetriebene Regulationsmodell zu überwinden.

Wir brauchen einen neuen Ordnungsrahmen für die Finanzmärkte. Dieser sollte langfristige Realinvestitionen fördern und kurzfristige Spekulation diskriminieren. Prävention, Haftung und Langfristorientierung müssen gestärkt werden. Ein TÜV für Finanzmarktprodukte, striktere Eigen-

kapitalanforderungen und eine »Schufa für Banken« helfen, um künftig besser vorzubeugen. Ein Haftungsverbund der europäischen Privatbanken lässt die Banken und nicht die Steuerzahler für eine verfehlte Geschäftspolitik bluten. Goldene Aktien (z.B. VW-Gesetz), ein Verbot von Aktienoptionen, sowie die Besteuerung von Veräußerungsgewinnen und Finanztransaktionen setzen Anreize für ein nachhaltiges Management.

Die Finanzmärkte müssen zukünftig stärker gesellschaftlich kontrolliert werden. Der Aktionär darf nicht mehr im Zentrum der Unternehmenspolitik stehen. Eine zentrale Antwort auf die Macht anonymen Finanzinvestoren ist der Ausbau wirtschaftsdemokratischer Instrumente. Dies erfordert auch den Ausbau der Unternehmensmitbestimmung.

Staatliches Eigentum wird zukünftig wieder eine größere Rolle spielen. Die ökonomische Erzählung von der immer höheren Effizienz des Privateigentums hat sich als Märchen erwiesen. Nicht nur im Fall der Banken. Auch bei natürlichen Monopolen (Bahn, Energieversorgung, etc.) und in der sonstigen Daseinsvorsorge führt staatliches oder gesellschaftliches Eigentum zu besseren Ergebnissen. In Zukunft ist ein stärkerer Mix von staatlichem, gesellschaftlichem und genossenschaftlichem sowie privatem Eigentum politisch anzustreben.

Eine solche Reformagenda knüpft an zentralen Bedürfnissen und Erwartungshaltungen unserer Bevölkerung an. Die skizzierten Reformen geben Antworten auf den weit verbreiteten Wunsch nach mehr sozialer Gerechtigkeit. Das FES-Zukunftsprojekt liefert hierfür wichtige Bausteine.